



Norderstedt: Schritte auf dem Weg...

... zu einem Konzept für die nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten

Dr. Harald Freter

Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit auch der Kommunen, in denen die Menschen leben. Sie muss von allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen mitgetragen und im jeweiligen Betätigungsfeld mitbefördert werden. Vor allem aber setzt sie die Mitwirkung der Betroffenen voraus.

Die Vielfalt von Menschen mit Migrationshintergrund kann einen großen Beitrag zur Lebendigkeit einer jeden Stadt leisten. Die Möglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund das städtische Leben mitzugestalten sollten daher von Politik und Verwaltung nicht unterschätzt werden. Auf der anderen Seite erzeugt Migration vielfältige Probleme und Aufgaben, die von den Städten und Gemeinden vor Ort zu lösen sind. Sie ist damit eine große Herausforderung für die städtische Entwicklung.

Agenda 21

In der Stadt Norderstedt haben wir die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Agenda 21-Prozess unserer Stadt eingebettet. Dabei stand wie in diesen Prozessen üblich der Gedanke der Nachhaltigkeit im Zentrum, die als das Miteinander von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Machbarkeit und Umweltverträglichkeit aufgefasst wurde. In diesem Sinne wird ein stadtspezifisches Integrationsmodell angesehen als

- sozial gerecht, weil Integration sozialen Spaltungen und Spannungen aktiv entgegenwirkt
- wirtschaftlich, weil die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten Voraussetzungen für ihre Einbindung in den hiesigen Arbeitsmarkt darstellt, was die Steuerkraft erhöht und soziale Kosten senken wird
- umweltverträglich, weil bekanntlich Umweltkatastrophen in zahlreichen Fällen

Dr. Harald Freter ist Erster Stadtrat von Norderstedt und Mitglied der SPD.

(Fortsetzung von Seite 18)

Deutschland voraus. Dies beinhaltet aber auch die Möglichkeit zur Bewahrung der eigenen kulturellen und religiösen Prägung im Rahmen der geltenden Rechts- und Verfassungsordnung.

Hintergründe für die Migrationbewegungen sind und erst eine umfassende Integration auch Möglichkeiten eines kulturübergreifenden Lernens im Umweltschutz eröffnet, in deren Rahmen insbesondere Migrantinnen und Migranten mit ihren häufig eher naturbezogenen Ansätzen wertvolle Denkanstöße in unserer in der Regel hochtechnologisierten Gesellschaft geben können.

Runder Tisch

Ausgangspunkt war eine große Zukunftskonferenz im Oktober 2001, in deren Verlauf sich eine Agenda-Arbeitsgruppe „Integration und Migration“ gegründet hatte. Diese Arbeitsgruppe veranstaltete im Mai 2002 als erste öffentlichkeitswirksame Aktion einen Runden Tisch, mit dem eine ausführliche Bestandsaufnahme zur Integration von Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt nebst einer differenzierten Analyse der bestehenden Integrationsdefizite vorgenommen wurde. Aus dieser Problemanalyse ergab sich eine Liste konkreter Konsequenzen für Migranten und unsere lokale Aufnahmegesellschaft gleichermaßen.

Die Vorarbeiten dieses Runden Tisches führten zur Bildung von fünf Arbeitskreisen die sich mit konkreten migrationspezifischen Fragestellungen beschäftigten. Diese Themen waren Sprachförderung, schulische Integration, berufliche Integration und Förderung interkultureller Kompetenz sowie eine Arbeitsgruppe „Vernetzung“, die sich der Frage widmete, welche Strukturen in Norderstedt geschaffen werden müssten, um die Bedingungen für Integration zu verbessern.

Die fünf Arbeitsgruppen haben im Jahre 2003 ihre Ergebnisse vorgelegt und zu einem „Norderstedter Integrationskonzept“ gebündelt. Zugrunde gelegt wurde dabei die konkrete Ausgangssituation in der Stadt Norderstedt mit ihren bereits bestehenden Strukturen u.a. im Bereich der Sprachförderung (DaF und DaZ), das Integrationskonzept der Landesregierung für Schleswig-Holstein sowie Erfahrungen anderer Kommunen, insbesondere Lübeck und Hannover.

Das Konzept beruht auf einem kooperativen und nachhaltig vernetztem Engagement von Kommunalpolitik und Stadtverwaltung auf der einen sowie Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft und der Betroffenen auf der anderen Seite. Im Zentrum der vorgeschlagenen Struktur soll eine neu zu schaffende Koordinierungsstelle stehen gewissermaßen als Motor und Sammelstelle für Information und deren Verbreitung.

Kontinuität

Hierin liegt auch die konkrete Schwierigkeit bei der Realisierung des Konzeptes. Nachdem dieses dem zuständigen Sozialausschuss der Stadtvertretung vorgestellt wurde und dieser in einem Grundsatzbeschluss seine Zustimmung erklärt hatte forderte er jedoch angesichts der kommunalen Finanzlage eine für den Haushalt insgesamt kostenneutrale Umsetzung. Daraus ergibt sich zum einen, dass bestehende Strukturen eingebracht werden, zum anderen macht es sehr umfangreiche Recherchen nach Fördermitteln erforderlich, womit sich eine kleine Arbeitsgruppe derzeit sehr intensiv beschäftigt. Verschiedene EU-Programme und Stiftungen werden daraufhin überprüft inwieweit eine Förderung dieses Konzeptes möglich ist. Dabei hat sich herausgestellt, dass hartnäckige Ausdauer vonnöten ist, um in diesem Dickicht der Förderstrukturen bestehen zu können.

Es bleibt zu hoffen, dass in absehbarer Zeit eine zumindest mittelfristige finanzielle Perspektive zur Realisierung des Norderstedter Integrationskonzeptes gefunden werden kann.

